

Welt-AIDS-Konferenz in Wien: HIV/AIDS – eine menschenrechtspolitische Herausforderung für Deutschland, Europa, die Welt

Es waren warme Worte, die US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton zum Abschluss der Internationalen AIDS Konferenz in einer Video-Nachricht verlautbaren ließ: „Und wir glauben daran, dass der Zugang zu HIV/AIDS-Prävention, medizinischer Versorgung und Pflege von HIV/AIDS-Erkrankten universal sein muss, dies ist eine geteilte Verantwortung, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht.“ Gleichzeitig bekräftigte sie, dass die USA mit ihren Partnerregierungen und der Zivilgesellschaft weltweit an der Bekämpfung von HIV/AIDS mitwirken werde.

Die 18. internationale AIDS-Konferenz stand unter dem Motto „Rights here, Right now“ (Rechte hier und gerade jetzt); sie hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, dass der internationale Umgang mit der Immunkrankheit als ein menschenrechtspolitisches Anliegen verstanden wird. Sie bot Betroffenen, Forschung, Zivilorganisationen, Wirtschaft und Politik ein Forum des gemeinsamen Austausches zum Umgang mit der Krankheit. Als Hauptanliegen wurde formuliert, dass die Regierungen stärker in die Pflicht genommen werden, die Epidemie national und international zu bekämpfen. Als Menschenrechtspolitikerin sehe ich hier ein Herausforderung, der sich die internationale Staatengemeinschaft, Europa und auch Deutschland vornehmen muss. Dieses kurze Paper soll Aufgaben und Lösungsstrategien diskutieren, die aus der Perspektive der Menschenrechtspolitik relevant sind:

I. Die internationale Herausforderung: Medizinische Versorgung – Bildung – Frauenrechte

Die vereinten Nationen verstehen HIV/AIDS¹ als „eine globale Notlage“ die eine Herausforderung für „das menschliche Leben, die Menschenwürde und die wirksame Wahrnehmung der Menschenrechte darstellt“. Das Ausmaß dieser globalen Notlage betrifft jede Gliederung der Gesellschaft: den Einzelnen, der durch HIV oder AIDS betroffen ist, die Familie, die Gesellschaft und den Staat. Nach Angaben des UNAIDS²-Programmes der Vereinten Nationen waren 2007 ca. 33,2 Millionen weltweit mit HIV infiziert, davon waren fast die Hälfte (15,4 Millionen) weiblich; die Anzahl der Kinder unter 15 Jahren lag bei 2,5 Millionen. Weiterhin hält die UN fest, dass die Infektion von HIV/AIDS sich durch alle Ebenen der Gesellschaft zieht, jedoch die Menschen in den Entwicklungsländern am stärksten betroffen sind; die Region, die am schlimmsten betroffen sei, ist Afrika südlich der Sahara.

Orientiert man sich an den WSK- Rechte (wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte) so müssen langfristig die Lebensstandards weltweit verbessert werden. Armut und niedrige Lebensstandards sind die Hauptfaktoren der Ausbreitung von HIV/AIDS. Im internationalen Kampf gegen die Ausbreitung von HIV/AIDS müssen so auch wirtschaftliche Hilfs-

¹ „Globale Krise – globale Antwort“ der Vereinten Nationen zur 26. Sondertagung der Generalversammlung am 25.-27. Juni 2001.

² Alle Organisation, die unter dem Dachverband der Vereinten Nation zu HIV und AIDS arbeiten.

maßnahmen getroffen werden, um die Epidemie einzudämmen. Nur so kann es beispielsweise gelingen, dass eine gute medizinische Infrastruktur aufgebaut werden kann. Die bisher eingesetzten Ressourcen sind dafür jedoch nicht ausreichend. Die medizinische Versorgung in den Ländern der „dritten“ Welt sind katastrophal: Es gibt keinen flächendeckenden Zugang zu medizinischer Versorgung, d. h. kaum ausreichende medizinische Betreuung durch Fachpersonal noch Bereitstellung von Medikamenten. In den Ländern Osteuropas und Zentralasiens ist in den letzten Jahren die Zahl der HIV-kontaminierten Blutkonserven angestiegen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit auf internationaler Ebene muss darauf fokussiert sein, in den Ländern der dritten Welt eine funktionierende medizinische Infrastruktur aufzubauen.

Neben den sozialen Rechten ist Bildung ein wichtiges Instrument im Kampf gegen HIV/AIDS: Nur so kann über Infektionswege und Versorgung bei Erkrankung genügend und langfristig informiert werden. In der UN-Resolution „Globale Krise – globale Antworten“ verpflichtet sich die Staatengemeinschaft, jedem Menschen ausreichende Bildung zu gewähren. Nur durch Bildung kann Aufklärung, Prävention gelingen. Sie bilden Grundpfeiler zur Ausbildung von Ärzten. Hierzu müssen Bildungs- und Aufklärungskampagnen vorbereitet und durchgeführt werden. Ziele müssen sich auch daran orientieren, dass gegen Stigmatisierung und Exklusion von Erkrankten vorgegangen wird. Bildung ist das Hauptanliegen einer langfristigen Strategie zur Bekämpfung von HIV/AIDS.

Da Frauen durch sexuelle und gewaltsame Übergriffe besonders risikogefährdet gegenüber HIV sind, bedürfen sie der speziellen Schutzprogramme: Projekte müssen hier gegen sexuelle Ausbeutung vorgehen, den Schutz von Mädchen anvisieren und helfen die Diskriminierungs- und Ansteckungsgefährdung zu vermindern. Eine Stärkung der Frauenrechte kann nur durch soziale und wirtschaftliche Programme erfolgen.

In ihrer bewegenden Abschlussrede zur 18. Internationalen AIDS-Konferenz am 23.07. in Wien wies Waheedah Shabazz-El darauf hin: „Überall auf der Welt müssen wir mit systematischen Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. Global müssen sich Frauen und Mädchen täglich mit Gewalt, Ungleichheit, Vergewaltigung und Körpereingriffen, wie Zwangssterilisation, Kriminalisierung von Prostitution und HIV-Übermittlung auseinandersetzen.“

Darum forderte sie:

- Frauen und Mädchen, die mit HIV/AIDS infiziert sind, müssen Beachtung in allen Aspekten der Politik finden; es müssen Programme ins Leben gerufen werden, die auf ihre Lebenssituation weltweit adressiert sind.
- Es müssen akkurate Daten über die sozialen und ökonomischen Faktoren gesammelt werden, die Aufschluss über die Verwundbarkeit und schlechte gesundheitliche Situation von Frauen und Mädchen, eingeschlossen Trans-Gender-Frauen.
- Die Kriminalisierung und die Gewalt gegenüber Frauen, die mit HIV und AIDS leben, vor allem Gefängnisinsassen, Drogenabhängigen und Prostituierten, muss beendet werden.
- Weltweit müssen die Verantwortlichen unterstützt werden, die gegen Ungleichheit und Gewalt gegen Frauen vorgehen, die von der Epidemie betroffen sind.

Der Bekämpfung von HIV/AIDS müssen kurz-,mittel- und langfristige Strategien entgegengesetzt werden. Die langfristigen Strategien bedürfen einer Orientierung an den WSK-Rechten. Während langfristige Strategien von den einzelnen Staaten durch international Zusammenarbeit stärker gefördert werden muss, damit eine medizinische, soziale, wirtschaftliche Infrastruktur in den Ländern der „dritten“ Welt aufgebaut und damit umfassende Bildungs-, Präventions- und Behandlungsmaßnahmen etablieren werden können, bedarf es jedoch auch weiterhin der kurz- und mittelfristiger Präventionsprogramme. Die Akteure der kurz- und mittelfristigen Strategien speisen sich, aus zivilgesellschaftlichen Gruppierungen.

Fazit: In Konsequenz der internationalen AIDS-Konferenz müssen internationale Programme geschaffen werden, die folgende Maßnahmen verfolgen:

- Prävention
- Betreuung, Unterstützung und Behandlung von Erkrankten
- Verhinderung von Stigmatisierung und Diskriminierung von Erkrankten
- Schutz von besonders gefährdeten Gruppen sowie Stärkung der Frauenrechte.

II. Die europäische Perspektive: Osterweiterung – Drogenpolitik – Armut und Prostitution

Der Schwerpunkt der 18. internationalen AIDS-Konferenz lag auf Osteuropa und Zentralasien: Hier sind die HIV-Neuansteckungen rasant gestiegen. In einigen Regionen Russlands stieg die Zahl der Infektionen um 700%. Gesamt stiegen die Neuinfektionen in Russland um 8%, in Georgien um 10% und in Weißrussland um 22%.

Für Europa birgt dies eine außerordentliche Herausforderung: Mit der Osterweiterung grenzt Europa an diese Staaten. Armut und schlechte Infrastruktur führen zu erhöhter Prostitution. Damit sind auch die Grenzregionen Europas betroffen. Prostitution als grenzübergreifendes Phänomen ist nicht unbekannt, osteuropäischer Sextourismus ein Tabu der letzten Jahre. Nun wird es wichtig, die Problematik anzugehen, ohne in einen autoritären Grenzpolitikstil zu verfallen. Dies verschärft und kriminalisiert die Situation der Prostituierten nur, verbessert aber nicht die Situation.

Die HIV-Infektionen in Osteuropa und Zentralasien unterscheiden sich im Vergleich zu anderen Regionen auf der Welt, die stark von HIV betroffen sind, dadurch dass der Hauptgrund der HIV-Infektion auf injizierte Drogen geht. Fast jeder Dritte mit einer HIV-Infektion erwirbt diese über unsauberes Drogenbesteck – in manchen Regionen macht es bis zu 70% der Neuinfektionen aus.

Eine härtere Strafverfolgung des Drogenkonsums hat nachweislich keine Senkung desse bewirkt, noch die HIV-Infektionen senken können. Stattdessen führte stärkere Strafverfolgung zu höherer Kriminalität.

Die 18. internationale Welt-AIDS-Konferenz mahnt deshalb an³:

- „Ausbreitung der HIV-Epidemie durch Kriminalisierung von Konsumenten illegaler Drogen sowie durch das Verbot der Bereitstellung steriler Nadeln und opioidgestützter Substitutionstherapien
- HIV-Ausbrüche unter inhaftierten und heimuntergebrachten Drogenkonsumenten als Ergebnis von Strafgesetzen und -regelungen sowie von mangelnder HIV-Prävention in diesem Umfeld.
- Die Aushöhlung öffentlicher Gesundheitssysteme im Zuge von Strafverfolgungsmaßnahmen, die Drogenkonsumenten von Prävention und Versorgung fernhalten und in ein Umfeld drängen, wo ein erhöhtes Risiko der Übertragung von Infektionskrankheiten (z.B. HIV, Hepatitis C und B sowie Tuberkulose) und anderer schädlicher Einflüsse besteht.
- Stigmatisierung von Menschen, die illegale Drogen konsumieren, was wiederum die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten politisch populärer macht und die HIV-Prävention sowie andere Gesundheitsförderungsprogramme untergräbt. Schwere Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Folter, Zwangsarbeit, unmenschliche und erniedrigende Behandlung sowie Hinrichtungen von Drogenstraf Tätern in etlichen Ländern.“

Die Wiener Erklärung fordert deshalb eine progressive Wende in der Drogenpolitik, statt rigorosen Eingreifen müssen die Ursachen und Gründe des Drogenkonsums angegangen werden, Drogenstichtigen muss in ihrer akuten Situation geholfen werden. In Anlehnung an die Forderung an die 18. internationale Welt-AIDS-Konferenz:

- muss die Europäische Staatengemeinschaft die Effizienz ihrer Drogenpolitik reflektieren und die Probleme in den osteuropäischen Grenzregionen mit unseren Nachbarstaaten neu überdenken und wirksame Programme zur Prävention entwickeln.
- muss die EU mit Wissenschaftlern und Gesundheitspolitikern einen wirksamen Ansatz entwerfen, der nicht-repressiv gegen den steigenden Drogenkonsum vorgeht.
- muss die EU in Kooperation mit den osteuropäischen Nachbarstaaten Drogenkonsumenten entkriminalisieren, bessere Behandlungsmöglichkeiten und eine medizinisch Infrastruktur schaffen und Zwangstherapien verbieten – diese verstoßen gegen die Freiheitsrechte. Drogenprävention muss unter Beachtung der Menschenwürde und Menschenrechte geschehen.
- muss die EU mit ihren Nachbarländern Programme der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation mit finanzieller Unterstützung anleiten.

Ein weiteres Problem in Osteuropa ist die hohe Kinderarmut: In vielen osteuropäischen und zentralasiatischen Ländern werden Kinder traditionell in staatliche Fürsorgeeinrichtungen

³ Die Forderungen stammen aus der Wiener Erklärung:
<http://www.diewienererklarung.com/die-erklaumlrung.html>

gesteckt. Rund 1,3 Millionen Kinder wachsen in Heimen auf, dort erhalten sie keine Bildung und werden nicht auf das Berufsleben vorbereitet. Sie landen über kurz oder lang auf der Straße. Eine Untersuchung der UNICEF ergab, dass 40% der Straßenkinder St. Petersburg und 56,7% der ukrainischen Straßenkinder HIV-positiv getestet wurden. Armut treibt diese Kinder zur Prostitution und in den Drogenkonsum. Viele Kinder steigen schon mit 12 mit harten Drogen ein. Mädchen und Jungen prostituieren sich vielfach.

Straßenkinder werden zunehmend sozial exkludiert und stigmatisiert. Staatliche Programme zur Integration gibt es nicht. Die medizinische Versorgung ist auf Grund mangelhafter medizinischer Infrastruktur nicht gegeben. Es fehlt an zivilgesellschaftlichen Projekten, die Vertraulichkeit zwischen medizinischen Institutionen herstellt, die der Staat nicht leistet.

Die EU ist gefordert, politische Maßnahmen mit den osteuropäischen Nachbarländer anzuleiten: Denn gerade die Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen müssen geschützt. Sie haben ein Recht auf Bildung, soziale Unterstützung, auf medizinische Versorgung und ein eigenes Leben.

Kinder und Jugendliche sind die großen Verlierer der aus der sozialen Armut resultierenden HIV-Verbreitung.

III. Neue Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland: Aufklärung – Prävention – Prostitution

Deutschland muss sich seiner internationalen Verantwortung bewusst sein und sich für die Menschenrechte von HIV-Infizierten und AIDS-Kranken einsetzen, aber auch auf nationaler Ebene gibt es viel zu tun. So steigen seit einigen Jahren wieder die Zahlen der HIV-Neuinfizierten und jährlich sterben in Deutschland 700 Menschen an dem tödlichen Immundefizienz-Virus. Die damit verbundene soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung ist auch in Deutschland vorhanden. Prävention und Sexkunde wird in den Schulen nicht ausreichend gelehrt. Das Bundesland Rheinland-Pfalz wollte es gar aus dem Lehrplan für das Fach Biologie entfernen und den Fächern Religion und Ethik übertragen. Auch in Deutschland gibt es Aufklärungsdefizite gerade in sozial schwachen Schichten: Jugendliche aus diesen sind schlecht über HIV-Prävention informiert. Folgende Forderungen müssen umgesetzt werden:

- Aufklärung ist nicht nur Aufgabe der Gesundheitsämter und der AIDS-Hilfen, der Staat muss seiner Aufgabe in der Bildungspolitik intensiv nachkommen.
- Aufklärung darf nicht vor sozial benachteiligten Schichten scheitern; gerade hier müssen Aufklärungs- und Präventionsprogramme ansetzen.
- Die Gesundheitsämter und AIDS-Hilfen brauchen mehr Fördergelder: Es muss wesentlich mehr für kostenlose Schnelltests geworben werden. Die AIDS-Hilfen brauchen Geld für Präventionsprogramme, die Gruppen erreichen können, die für den Staat kaum zugänglich sind.
- Der Staat muss durch Aufklärung und Anti-Diskriminierungsgesetzgebung gegen Exklusion und Stigmatisierung von HIV-Infizierten und AIDS-Kranken vorgehen.

Der gern tabuisierte Themenkomplex Prostitution muss aufgearbeitet werden. Frauen und Männer, die mit Sex Geld verdienen, werden durchgehend diskriminiert und exkludiert. Sie werden als Träger der sexuell übertragbaren Krankheiten gesehen. Dabei sind weibliche und männliche Prostituierte über HIV-Prävention besser informiert als ihre Freier.

Die Situation der HIV-Infizierten hat sich geändert, so haben sich in Deutschland und Österreich mehr als 40% aller HIV-Neuinfizierten aus heterosexuellen und knapp 30% aus homosexuellen Kontakten infiziert, 20,5% davon über unsauberes Drogenbesteck. Auch Deutschland muss in der Prävention neue Wege gehen und sich auf die neuen Risikogruppen in der Aufklärung sensibilisieren.